

Zeitschrift:	Scharotl / Radgenossenschaft der Landstrasse
Herausgeber:	Radgenossenschaft der Landstrasse ; Verein Scharotl
Band:	20 (1995)
Heft:	4
Rubrik:	Die Lage der Roma und Sinti hat sich in Osteuropa seit 1989 eher verschlechtert

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 25.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Lage der Roma und Sinti hat sich in Osteuropa seit 1989 eher verschlechtert

Bericht im Aargauer Tagblatt vom 28.8.95 von Rudolf Gruber, Wien (gekürzt)

Sinti und Roma, Minderheiten in den osteuropäischen Staaten, glaubten, für sie werde einiges besser nach dem System-Zusammenbruch im Ostblock. Doch fünf Jahre danach ist ihre Lage eher schlechter geworden. Krass benachteiligt sind sie in der Slowakei und in Rumänien. Aber auch unter sich selber bekunden sie Mühe, zu einer wirksameren Einigkeit zu finden.

Die 500 Jahre alte Steinbrücke in Skopje gehört allein den Fussgängern; sie ist die wichtigste Verbindung zwischen den eher gesichtslosen Neustadtvierteln und der pittoresken Altstadt. Mitten auf der Brücke über der Vardar sitzt ein vielleicht vierjähriges Zigeunermädchen auf einem Pappkarton, nur ein leichtes Hemd schützt es vor dem nassforschen Frühjahrswind. Es schreit wie am Spiess, doch niemanden scheint dies zu kümmern. "Ist ja nur ein Ciganka", lautet die häufigste Antwort.

Kleinkinder sind als Lockvögel des Mitleids eine häufige Einkommensquelle vieler Roma-Familien. Die Not macht manche Erwachsene zu Rabeneltern. Besonders dramatisch verschlimmert hat sich ihre Lage nach dem Zerfall Jugoslawiens. Mazedonien beherbergt mit 55'000 Roma (2,5% der Bevölkerung) die zweitgrösste Roma-Gemeinde aller früheren Teilrepubliken. Der Krieg hat Tausende von ihnen nach Westeuropa vertrieben.

Die Angehörigen der zwei grossen Volksgruppen, die orthodoxen Mazedonier und die moslemischen Albaner, werden bei der Vergabe der wenigen Arbeitsplätze bevorzugt. Mazedonien, das seit drei Jahren vom feindlichen Nachbarn Griechenland mit einer Wirtschafts- und Grenzblockade belegt und im Norden vom Kriegsstaat Serbien bedroht wird, ist heute ein einziger Schwarzmarkt, an dem die Roma am wenigsten verdienen.

Dennoch leben in Mazedonien die "glücklichsten" Zigeuner, sie haben als einzige in Osteuropa zwei politische Parteien, die nach 1990 gegründet wurden, um die Gleichberechtigung anzustreben. Aber weil sie sich 1994 nicht auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen konnten, sind sie auch nicht im Skopjer-Parlament vertreten. Dennoch sorgte die Regierung unter dem



umsichtigen Landesvater Kiro Gligorov dafür, dass in der Roma-Sprache unterrichtet wird, dass es Ausbildungsprogramme gibt und auch Roma-Zeitungen erscheinen.

In Ungarn sind die Rechte der Roma in der neuen Verfassung garantiert, die Realität freilich hinkt noch nach. Einem Zigeunerjungen bleiben noch heute wenig Möglichkeiten zwischen den Extremen, entweder eine steile Karriere als Primas einer Zigeunerkapelle zu machen oder von Kindheit an aus der sozialen Randlage nicht loszukommen. Vor allem Mädchen bleibt der Wunsch nach Selbständigkeit noch immer versagt, weil sie sich meist noch der patriarchalischen Familienstruktur unterordnen müssen.

Nicht von ungefähr siedeln die meisten Zigeuner in den rückständigen Regionen Ost- und Südungarns. Ungarn beherbergt neben Bulgarien eine der grössten Roma-Gemeinden Osteuropas, rund 800'000 Menschen, das entspricht etwa acht Prozent der Bevölkerung. Aber von 386 Abgeordneten kämpft nur eine Volksvertreterin, Antonia Haga, für ihre Rechte im Budapester Parlament. Seit 1989 wurden rund 200 Verbände gegründet, aber zu einer geschlossenen politischen Kraft hat es nie gereicht. Dennoch gibt es hoffnungsvolle Anzeichen: Ein Minderheitengesetz von 1993 erlaubt auch den Roma in rund 200 Dörfern und vier Budapester Bezirken eine lokale Selbstverwaltung.

Das krasse Gegenteil geschieht in der Slowakei. Schon die in der Slowakei lebenden 600'000 Ungarn gelten als Menschen zweiter Klasse, die rund 400'000 Roma liegen noch eine Stufe tiefer. Sie haben keine Vertretung im Parlament und keine Institutionen. Das zuständige Kulturministerium hat lediglich einen Roma-Experten. Zwar sind die Roma erstmals 1991 als nationale Minderheit anerkannt worden, dennoch steigt der Grad der Selbstverleugnung seit der Teilung der Tschechoslowakei vor zweienhalb Jahren: Nur ein Fünftel der Roma hat sich bei der letzten Volkszählung 1991 zu ihrer Gemeinschaft bekannt.

Die Slowaken, die sich in der Ver-

gangenheit selbst unter Jahrhunderte-langer ungarischer und tschechischer Fremdherrschaft entmündigt fühlten, lassen dies die heutigen Minderheiten mit einem übertriebenen, von Minderwertigkeitskomplexen beladenen Nationalismus spüren.

Quelle des Hasses ist die "Matica Slovenska", eine als Kulturorganisation getarnte, nationalistische Bewegung, die den slowakischen Nazi-Operettenstaat von 1939-1945 zum Vorbild für die heutige unabhängige Slowakei erklärt. Die Funktionäre von "Mütterchen Slowakei" predigen das Prinzip der "ethnischen Säuberung". Ihre inzwischen berühmt-berüchtigte Lösung, die Ungarn "in die Donau treiben" zu wollen - die Zigeuner sowieso - ist ihr Programm.

Aber auch in der tschechischen Republik, dem demokratischen Musterland unter den postkommunistischen Reformstaaten, haben die rund 30'000 Roma wenig zu lachen. In Böhmen machen Rechtsextremistenbanden und Skinheads Jagd auf Roma. Allein in den ersten drei Jahren nach dem KP-Sturz wurden 16 Zigeuner ermordet. 1994 explodierten die rassistisch motivierten Gewalttaten.

Aber im Gegensatz zu anderen Staatenlenkern reagierte Präsident Vaclav Havel auf derlei Hassausbrüche immer wieder und mahnte die Regierung, den Schaden für die demokratische Entwicklung nicht zu unterschätzen.

Die tschechischen Roma sind politisch erstaunlich aktiv, obwohl nur ein einziger Abgeordneter, Ladislav Body, sie im Parlament vertritt. Sie wollen sich nicht fatalistisch ihrem Schicksal ergeben wie die Verwandten in anderen Ländern, sondern als gleichwertige Staatsbürger anerkannt werden. Seit zwei Jahren fordern sie ihre Einbürgerung, weil sie unter dem kommunistischen Regime als staatenlos galten. Doch die Prager Regierung weigert sich, nach der Trennung von der Slowakei allen 300'000 Roma die Staatsbürgerschaft auszuhändigen.

Keine politische Partei kümmert

sich auch in Bulgarien um die 800'000 Roma. Allerdings herrscht ein weitaus toleranteres Klima als etwa in Rumänien. Nach dem Sturz des KP-Regimes entstanden eine Reihe von Vereinen und Kulturgruppen, die sich erfolgreich um bessere soziale Verhältnisse kümmern und auch eine eigene Zeitung herausgeben. Wegen wirtschaftlicher Probleme hatte sich die Regierung in Sofia wenig um die Minderheiten gekümmert. Ein 1993 begonnenes staatliches Aktionsprogramm ermöglicht jetzt Schulunterricht in der Roma-Sprache, in der Universität Shumen wurde sogar eine eigene Fakultät eingerichtet.

Praktisch kein nationales "Problem" sind Zigeuner in Polen. Die 30'000 Seelen stellen nicht einmal ein Zehntelprozent der Gesamtbevölkerung und fallen daher auch medial weniger auf.

Vielleicht gelten die Polen deshalb als allgemein Romafreundlich. Als 1991 in Mlawa einige Wohnungen von Zigeunern in Flammen aufgingen, wurde dies in der Öffentlichkeit einhellig als ein Akt von Intoleranz und Vandalismus verurteilt.

Trotz positiver Beispiele hat sich die soziale Randlage der Roma in Osteuropa seit dem Sturz des Kommunismus 1989 eher verschärft. In den meisten Verfassungen werden sie nicht als eigenes Volk anerkannt, ja nicht einmal mit anderen Minderheiten gleichgesetzt. Der geringe Respekt vor diesen Menschen und ihrer Kultur erschwert die Durchsetzung ihrer Rechte. Die Etablierung im politischen Leben klappt indes auch oft deshalb nicht, weil die Roma keine Erfahrung im Umgang mit staatlichen Organen haben.

